



HESSISCHER LANDTAG

16. 09. 2009

*Zur Behandlung im Plenum
vorgesehen*

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD

betreffend Neustart der Sozialen Marktwirtschaft - Wirtschafts- und Sozialordnung braucht klare Regeln und handlungsfähige Akteure

In den letzten Jahren ist versucht worden, die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland durch marktradikale Konzepte zu ersetzen. Diese marktradikalen Konzepte sind gescheitert. Spätestens mit der Wirtschafts- und Finanzkrise ist deutlich geworden, dass dieses freie Spiel der Kräfte am Markt nicht geeignet ist, wirtschaftlichen Erfolg, Stabilität und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Auch den Herausforderungen von Globalisierung und Klimakrise wird es nicht gerecht. Der notwendige Neustart der Sozialen Marktwirtschaft wird nur gelingen, wenn ein neues Verständnis über die Voraussetzungen und Rahmenbedingungen hergestellt wird, die notwendig sind, um breit verteilten Wohlstand und soziale Sicherheit zu erreichen.

Es ist z.B. mit Sozialer Marktwirtschaft nicht zu vereinbaren, wenn Unternehmen ihre Erfolge auf sittenwidrigen Löhnen aufbauen und die Beschäftigten die notwendige Existenzsicherung durch den Staat erhalten. Das Vertrauen in die Soziale Marktwirtschaft ist eng mit dem Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Politik und Staat verbunden. Diese zwei Seiten einer Medaille werden von marktradikalen Positionen immer wieder infrage gestellt.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass insbesondere das Ziel immer höherer kurzfristiger Rendite mit den Anforderungen der Realwirtschaft nicht in Einklang zu bringen ist. Unverantwortliches Handeln an den Finanzmärkten hat die gesamte Welt in eine schwere wirtschaftliche Krise gestoßen. Auch Deutschland blieb davon nicht verschont; viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch viele Unternehmen müssen jetzt ausbaden, was andere hinterlassen haben. Aufgabe der Politik ist es, die Folgen dieser schwersten Wirtschafts- und Finanzkrise seit dem 2. Weltkrieg zu bewältigen und eine Wiederholung zu verhindern.
2. Der Landtag begrüßt, dass der Staat Verantwortung übernommen hat und die Bundesregierung sowie das Land Hessen mit den Konjunkturprogrammen dafür gesorgt haben, die Folgen der Krise abzumildern. Die eingesetzten Mittel aus den Konjunkturprogrammen von mehr als 80 Mrd. € sichern Arbeitsplätze insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen. Die Verlängerung des Kurzarbeitergelds hat ebenfalls Hunderttausende Arbeitsplätze erhalten. Dieser Schutzschirm für Arbeitsplätze sorgt für sozialen Ausgleich. Ohne das aktive Handeln von Politik und Staat wären die Auswirkungen erheblich stärker und ein zusätzlicher Vertrauensverlust in die Gestaltungsmöglichkeiten des Staates zu befürchten.
3. Die Wirtschafts- und Finanzkrise belegt, dass das freie Spiel der Kräfte am Markt klare Regeln braucht, die unverantwortbare Folgen für die Gesellschaft begrenzen. Grundlage von Sozialer Marktwirtschaft ist das produktive Zusammenspiel von Staat, Markt und Gesellschaft. Handlungsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sind ein wesentlicher Baustein des erfolgreichen bundesdeutschen

Modells und Voraussetzung für den Neustart der Sozialen Marktwirtschaft. Die Mitbestimmung ist ein unverzichtbarer Erfolgsfaktor auf diesem Weg.

4. Erforderlich ist ein handlungsfähiger Staat, der den Bürgerinnen und Bürgern Sicherheit bietet. Erforderlich sind außerdem die faire Teilhabe der Arbeitnehmer am gesellschaftlichen Wohlstand und eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen. Das sichert den sozialen Frieden und die Demokratie.
5. Eigentum verpflichtet - dieses in Art. 14 des Grundgesetzes verankerte Prinzip muss wieder in den Mittelpunkt wirtschaftlichen Handelns gerückt werden. Der Staat muss hierfür die Rahmenbedingungen schaffen.
6. Zu den Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft gehören auch faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen. Mit Dumpinglöhnen verlieren am Ende alle, auch die Unternehmen. Eine Lohnspirale nach unten gefährdet das bundesdeutsche Erfolgsmodell nachhaltig.
7. Soziale Marktwirtschaft heißt faire und klare Regeln für alle statt reiner Marktradikalität, soziale Sicherheit statt Individualisierung aller Risiken, nachhaltiges Wirtschaften statt kurzfristiger Rendite. Ein funktionierender Markt bedingt einen gestaltenden Staat.
8. Mit einem Neustart der Sozialen Marktwirtschaft, die alle in die Pflicht nimmt und verantwortungsbewusstes Handeln einfordert, wird die Krise zu meistern sein. Mit neuer Gemeinsamkeit, bei der alle ihren Beitrag leisten, die Regeln für alle gelten und deren Einhaltung auch durchgesetzt wird.
9. Der Neustart der Sozialen Marktwirtschaft ist nur erfolgreich, wenn sich in Wirtschaft und Politik eine neue Wirtschaftsethik durchsetzt, die auf mehr Solidarität und weniger Ellenbogen basiert.

Wiesbaden, 16. September 2009

Der Fraktionsvorsitzende:
Schäfer-Gümbel